



.....

Gesucht: Deutsche Zahnärzte

Das britische Gesundheitsministerium hat in seinem „National Health Service Plan 2000“ angekündigt, die Investitionen für die medizinische Betreuung von Patienten, für Gebäude, Personal und Ausbildung aufzustocken. Insbesondere will die Regierung mehr Finanzmittel für „Dental Access Centres“ bereitstellen und die Ausstattung der Zahnarztpraxen verbessern. Sie will das Engagement von Zahnärzten für den National Health Service (NHS) honorieren und bessere Dienstleistungen für Patienten bieten, um eine moderne und hochwertige zahnärztliche Betreuung durch den NHS in allen Landesteilen zu gewährleisten.

Hierdurch entstehen neue Beschäftigungschancen für Zahnmediziner aus dem Ausland, um die England offensiv wirbt. Folgt ein deutscher Zahnarzt dieser Offerte, so kann er als Angestellter in einem „Primary Care Trust“ arbeiten. Üblicherweise sind Zahnärzte entweder in einem Gesundheitszentrum – sog. Health Care Centres – oder in einer Zahnarztpraxis in einem Team tätig. International angeworbene Zahnärzte werden im Rahmen eines Einführungsprogramms betreut, um ihnen die Eingewöhnung im neuen privaten und beruflichen Umfeld zu erleichtern.

Das britische Department of Health plant in diesem Frühjahr eine Informationsveranstaltung für deutsche Zahnärzte. Interessierte Zahnärzte können sich mit dem britischen Generalkonsulat in Verbindung setzen.

Kontakt: *Ulrike von Aswegen*, International Medical Recruitment, British Consulate General, Yorckstr. 19, 40476 Düsseldorf.

Tel.: (0211) 9448-299,

E-Mail: doh.duesseldorf@fco.gov.uk

Weitere Informationen:

www.britischebotschaft.de/en/news/england_doctors.htm

ik / British Consulate General

.....

Arbeitsmarkt: Leere Praxen

So schlimm war es noch nie. Deutschlandweit suchen aktuell rund 14.000 Zahnärzthelferinnen eine Arbeit. Die Zahl arbeitsloser

Zahnärzthelferinnen ist binnen Jahresfrist um 19 Prozent gestiegen. Im Dezember 2004 waren exakt 13.931 Zahnärztliche Fachangestellte ohne Beschäftigung. Der Druck zum Personalabbau ist im zahnärztlichen Bereich noch stärker als bei den anderen Medizinern. Dort steigerte sich die Entlassungswelle um 16 Prozent. Nach Auskunft des Berufsverbandes deutscher Arzthelferinnen (BdA) sind die Zahlen vom Jahresanfang 2005 „noch drastischer“ und „sprunghaft nach oben gegangen“. Dies sei nicht nur auf die Umstellung der Statistik im Rahmen von Hartz IV zurückzuführen.

Viel alarmierender erscheint der Rückgang bei den Ausbildungsplätzen. Während 2002 noch fast 31.000 Azubis in den Praxen ihren Beruf erlernten, schrumpfte die Quote im vergangenen Jahr auf 27.565 Helferinnen, die in Arztpraxen (einschließlich Tier- und Zahnärzte) ihren Beruf erlernten. Der BdA macht für diesen Rückgang nicht zuletzt die unsicheren politischen Rahmenbedingungen dafür verantwortlich, dass die „Jobmaschine Gesundheitswesen“ stottere. Dies trotz vielerlei Aktivitäten der Kammern zur Gewinnung sowohl neuer Ausbildungsstellen als auch Auszubildender. In Ballungszentren ist das Angebot an Lehrstellen im Bereich der medizinischen Ausbildungsberufe größer als die Zahl der Ausbildungswilligen. hg/fa

.....

eCard – Alles auf eine Karte

Das Bundeskabinett hat eine gemeinsame „eCard-Strategie“ beschlossen. Die elektronische Karte soll nicht nur flächendeckend eingeführt werden. Auch alle geplanten Kartenprojekte der Bundesverwaltung werden dadurch „eng aufeinander abgestimmt“: die Elektronische Gesundheitskarte, der Digitale Personalausweis, das JobCard-Verfahren und die Elektronische Steuererklärung. Ferner werden die elektronische Authentisierung (Identifizierung des Nutzers) und die qualifizierte elektronische Signatur (Äquivalent zur manuellen Unterschrift) zur Verwendung auf den Chipkarten vereinheitlicht.

Die Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, *Ulla Schmidt*, setzt auf die Elektronische Gesundheitskarte, mit der sie ab



2006 schrittweise die bisherige Krankenversicherungskarte ersetzen möchte. Sie sieht darin großen Nutzen, insbesondere durch die elektronische Abwicklung der jährlich anfallenden ca. 700 Mio. Rezepte. Zusammen mit der Arzneimittel-Dokumentation werde das elektronische Rezept zu einer Verbesserung der Arzneimittel-Therapiesicherheit und zu Einsparungen in Höhe von mehr als einer Milliarde Euro führen, so Schmidt.

Sicher nicht zufällig wurde die neuen Strategie zeitgleich mit der Eröffnung der CeBIT beschlossen. Der Preis der Wachstumsimpulse für die IT-Branche ist allerdings mehr als hoch: Der Bürger zahlt, aber nicht nur Milliarden von Euro, sondern auch mit der totalen Vernetzung seiner persönlichen Daten. ik

Schwierigkeiten. Denn wer Homebanking macht, erhält von seiner Bank einen elektronischen Kontoauszug. Dieser genügt jedoch den steuerlichen Aufbewahrungspflichten nicht, da es sich dabei um ein originär digitales Dokument handelt. Der elektronische Auszug ist deshalb auf einem maschinell auswertbaren Datenträger zu archivieren – allerdings ohne die Möglichkeit einer späteren Manipulation. Dies ist technisch mit handelsüblicher Software nicht zu gewährleisten. Offenbar unproblematisch sieht der Fiskus dies bei eigenen Formularen (siehe dazu „Diebische Elster“, Journal, BZB 1-2/2005). Umsatzsteueranmeldungen haben seit Jahresanfang nur noch auf elektronischem Wege zu erfolgen. Quod libet jovi, non licet bovi. hg

Finanzamt: Gläserne Konten

Seit dem 1. April 2005 hat der Fiskus das Steuergeheimnis für Bankkunden im Wesentlichen ausgehebelt. Die Finanzbehörde kann ab sofort, und sogar ohne dass der Kunde davon erfährt, automatisch Kontoinformationen von der Bank abrufen. Als Ermittlungsgrund reicht es bereits, wenn die Jahresbescheinigung für Kapitalerträge – erstmals obligatorisch für das Ertragsjahr 2004 – bei der Steuererklärung nicht abgegeben wird. Allerdings erhält das Finanzamt auf diesem Weg „nur“ die Kontostammdaten mit den persönlichen Angaben, so z.B. Name und Geburtsdatum des Verfügungsberechtigten. Neben der Kontonummer ist hier allerdings auch Eröffnung und Auflösung vermerkt. So lässt sich z.B. nachverfolgen, wo der Steuerzahler ein Depot unterhält. Die so ermittelten Daten können ohne Unterrichtung des Betroffenen anschließend an andere Behörden wie Sozialleistungsträger weitergegeben werden. Der Kontostand und Kontenbewegungen selbst sind in diesem Verfahren aber noch (!?) tabu. hg

Buchführung – Volle Ordnung

Das Finanzamt hängt am Papier. Dadurch kommen buchführungspflichtige Geschäftskunden von Banken im Online-Verfahren in

2020: Krankenhaussterben

Die deutsche Krankenhauslandschaft steht vor schwerwiegenden Einschnitten: Etwa 25 Prozent der Krankenhäuser werden bis zum Jahr 2020 verschwinden. Die übrigen schließen sich zu größeren, konkurrenzfähigen Netzwerken zusammen. Private Gesundheitszentren werden entstehen, deren vielversprechende Renditen Investoren auf den zukünftigen Wachstumsmarkt locken. So die Ergebnisse der aktuellen Studie „Konzentriert. Marktorientiert. Saniert. Gesundheitsversorgung 2020“ der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young. Als wichtigste Gründe für den Abbau nennen die Wirtschaftsprüfer den schnellen medizinischen und technischen Fortschritt, steigende Kosten, wachsenden wirtschaftlichen Druck sowie den strukturellen Wandel auf dem Gesundheitsmarkt insgesamt.

Besonders hart scheint es wohl viele der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen zu treffen: Zwei von drei Häusern werden aufgeben müssen oder privatisiert. Nur die Finanzierung einer medizinischen Grundversorgung durch die Krankenversicherungen wird noch möglich sein. Die finanzielle Beteiligung des Einzelnen nimmt dramatisch zu. Prognose: Der Anteil der privaten Haushalte an den Gesundheitskosten steigt von aktuell ca. zwölf Prozent auf rund 30 Prozent.

ik / Ernst & Young AG